

3. Flüchtlingsunterkünfte: Information

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßte Bürgermeister Holger Haist die vermutlich wegen dieses Themas zahlreich erschienenen Zuhörer, darunter auch Mitglieder des Freundeskreises Asyl.

In seinen einführenden Worten bezeichnete Bürgermeister Holger Haist die Unterbringung der Flüchtlinge als eine große Herausforderung für die Gemeinde. Er erinnere sich an kein anderes Thema, mit dem Bund und Land so ungut und unbefriedigend umgehen wie mit dem Thema „Flüchtlinge“ und allem was damit zusammenhängt wie z.B. Einreise, Bleiberecht, Unterkünfte, innere Sicherheit, Finanzen usw. Zu bewältigen haben diese „Herkulesaufgabe“ dann der Landkreis in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und die Bürgerschaft. Bei den Flüchtlingen handele es sich rechtlich um Obdachlose des Landkreises, welcher mangels eigener Fläche für die Unterbringung auf die Gemeinden angewiesen sei. Da die Unterbringung von Obdachlosen eine Pflichtaufgabe der Gemeinden sei, gebe es keinen Zweifel daran, dass die Gemeinde hier handeln müsse.

Ebenso wie der Gemeinderat stehe die Gemeindeverwaltung mit dieser Verpflichtung vor einer schwierigen Aufgabe, die zusätzliche Arbeit mit sich bringe und wofür die Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung nicht ausgebildet seien. Hier seien im Grunde genommen Sozialarbeiter gefragt, nicht Diplomverwaltungswirte und Verwaltungsfachangestellte, so der Bürgermeister. Für eine kleinere Gemeinde wie Mundelsheim sei die Unterbringung von Obdachlosen in dieser überaus hohen Anzahl eine Zumutung und kaum zu bewältigen. Bei dieser Gelegenheit dankte Bürgermeister Holger Haist Ordnungsamtsleiterin Karin Röser dafür, dass sie sich seit nun bereits drei Jahren intensiv mit der Unterbringung von Flüchtlingen und allen Aufgaben, die damit zusammenhängen, kümmert.

Bürgermeister Holger Haist sprach seine Anerkennung und seinen Dank aus für die Unterstützung aus der Bürgerschaft, insbesondere dem Freundeskreis Asyl unter dem Dach der Evangelischen Kirchengemeinde. Diese ehrenamtlich Tätigen seien eine wertvolle Hilfe in den Bereichen, die die Gemeinde nicht leisten könne, z.B. in der sozialen Be-

treuung. Gleichwohl bat der Bürgermeister darum, die Zuständigkeiten der Gemeinde und der Gemeindeverwaltung und der dort getroffenen Entscheidungen zu respektieren und einzuhalten.

In seinen weiteren Ausführungen ging Bürgermeister Holger Haist auf die finanziellen Auswirkungen der Flüchtlingsunterbringung für Gemeinde und Landkreis ein. Im Haushaltsplan 2016 der Gemeinde seien zusätzliche 250.000 € für diese Aufgabe eingestellt, der Landkreis Ludwigsburg schaffe derzeit Dutzende neuer Stellen, die die Gemeinden letztendlich über die Kreisumlage mitfinanzieren. Die Refinanzierung über vom Landkreis gezahlte Mieten hält sich in einem kaum erwähnenswerten Umfang.

Die weiteren Auswirkungen, die diese finanziellen Belastungen mit sich bringen, werden in der Öffentlichkeit unterschätzt oder verschwiegen.

Jedoch gehe es in erster Linie nicht um Geld, sondern um Menschen, um Flüchtlinge. Bürgermeister Holger Haist wählte hierbei bewusst die Mehrzahl, es gebe nicht „den Flüchtling“. Es handele sich bei den Flüchtlingen um einen völlig inhomogenen Personenkreis, in dem bei weitem nicht alle als Kriegsflüchtlinge zu bezeichnen seien. Und es gehe ebenso um die Mundelsheimer Bürgerschaft, die die Auswirkungen im Gemeindeleben, in den Kindergärten, in der Schule usw. zu spüren bekommen.

Worüber er heute im Besonderen informieren wolle, sei die momentane Situation in der Gemeinde und das weitere Vorgehen im Jahre 2016, so Bürgermeister Holger Haist. Für 2016 sei laut der letzten Information des Landratsamts für Mundelsheim die Zuweisung von ca. 50 weiteren Personen vorgesehen. Diese Zahl wurde bei der Gemeindeverwaltung für die Planungen weiterer Unterkünfte zugrunde gelegt. In Mundelsheim favorisiere man weiterhin die Schaffung von Plätzen in gemeindeeigenen Gebäuden. Eine Unterbringung in Wohncontainern sei momentan nicht geplant, eine Belegung der Käsberghalle gelte es dringend zu vermeiden. Bürgermeister Holger Haist erläuterte, dass bei den Zuweisungszahlen mittlerweile nicht mehr nach Erst- oder Anschlussunterbringung unterschieden werde. Die Gemeinde müsse Unterbringungsplätze schaffen und das Landratsamt teilt nach eigenem Ermessen Flüchtlinge zur Erst- oder Anschlussunterbringung der Gemeinde zu.

Noch offen ist ob bzw. wann ein Informationsabend zusammen mit dem Landratsamt Ludwigsburg in Mundelsheim durchgeführt wird.

Auf Nachfrage eines Ratsmitglieds führte Bürgermeister Holger Haist aus, dass das Landratsamt auch in Eigenregie Gebäude zur Flüchtlingsunterbringung anmieten oder kaufen könne. Diese Flüchtlinge werden dann ebenfalls der Gemeinde angerechnet, ohne dass sie für die Unterbringung sorgen müsse. Die Gemeinde unterstützt den Landkreis dabei und geht davon aus, dass das Landratsamt die Gemeinde darüber rechtzeitig informiert, sollte sich eine Möglichkeit ergeben.

Ein Gemeinderat erzählte von dem Gerücht, dass die Neckmühle für die Unterbringung von Flüchtlingen vorgesehen sei. Ein anderer Gemeinderat fügte hinzu, er habe gehört, dort sollten ca. 80 Flüchtlinge untergebracht werden. Bürgermeister Holger Haist sagte hierzu, dass es sich hier eindeutig um ein Gerücht handle, das jeglicher Grundlage entbehre. Wie den Gemeinderäten bekannt ist gibt es seitens der Gemeinde hierzu keine Bestrebungen, ist das Gebäude in Privatbesitz und der Abriss bereits im Gemeinderat behandelt. Sollte das Landratsamt hier vorstellig sein, ginge er davon aus, dass die Gemeinde zumindest darüber informiert worden wäre.

Bürgermeister Holger Haist erinnerte, dass die Gemeinde im Gebäude Heinrich-Maulick-Str. 48 (Schlössle) bereits zwei Wohnungen für die Flüchtlingsunterbringung gerichtet habe und gab bekannt, dass man momentan dabei sei, eine weitere Wohnung im DG des Gebäudes zu richten. Außerdem werde zurzeit das gemeindeeigene Gebäude Schulgasse 3 für die Flüchtlingsunterbringung ausgestattet. Ein weiteres Objekt sei ebenfalls für diesen Zweck vorgesehen, jedoch muss noch der Kaufvertrag abgeschlossen werden, was in der nächsten Woche der Fall sein soll. Insgesamt verfüge die Gemeinde nach Fertigstellung dieser Objekte über insgesamt ca. 48 Plätze. Dann sei zwar zunächst ein großer Schritt getan, jedoch gehe er davon aus, dass man mit der Schaffung von Plätzen weiterhin beschäftigt sein werde.

Es wurde vereinbart, dass im Gemeinderat wesentliche Neuigkeiten zur jeweils nächsten Sitzung bekannt gegeben werden.